

Sehr geehrtes Team des Vereins Mensch Natur,

ich bitte vielmals die nun leider doch erhebliche Verzögerung zu entschuldigen.

Dennoch will ich Ihnen die Antworten auf Ihre Fragen - wenn auch mit Verspätung - gerne zur Verfügung stellen.

Bei Rückfragen können Sie sich jederzeit gerne bei mir melden.

Mit freundlichen Grüßen,

Daniel Putz,  
Partei des Fortschritts

### **1. Wirtschaftlichkeit / Subventionsbedarf**

Wie bewerten Sie die langfristige Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen an Binnenlandstandorten in Baden-Württemberg, insbesondere vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Volllaststunden und des damit verbundenen hohen Subventionsbedarfs? Welche Einschätzung haben Sie zur Tragfähigkeit eines Modells, das dauerhaft auf staatliche Fördermechanismen angewiesen ist?

A: Die Partei des Fortschritts setzt sich für eine faktenbasierte und langfristig tragfähige Energiewende ein. Dabei ist richtig, dass Windenergieanlagen an Binnenlandstandorten in Baden-Württemberg im Durchschnitt geringere Volllaststunden erreichen als Anlagen in Küstenregionen. Diese Tatsache allein ist jedoch kein geeignetes Maß, um die Wirtschaftlichkeit oder Sinnhaftigkeit der Technologie zu bewerten.

Im Rahmen der Energiewende verändert sich das Energiesystem grundlegend: weg von wenigen, kontinuierlich laufenden Großkraftwerken hin zu einem dezentralen, flexiblen System mit erneuerbaren Erzeugern, Speichern und lastseitiger Anpassung. Geringere Volllaststunden werden dabei durch gezielte Überkapazitäten, regionale Diversifizierung der Erzeugung und einen zunehmenden Paradigmenwechsel im Stromverbrauch – etwa durch flexible Industrieprozesse, Elektromobilität und Wärmepumpen – systemisch ausgeglichen.

Zudem sinken die spezifischen Kosten von Windenergieanlagen kontinuierlich, während fossile und nukleare Energieträger langfristig mit steigenden Kosten, Importabhängigkeiten und externen Folgekosten verbunden sind. Staatliche Fördermechanismen sind daher nicht als Dauerlösung zu verstehen, sondern als Instrument, um den Markthochlauf und die Systemintegration neuer Technologien zu ermöglichen – vergleichbar mit der historischen Förderung konventioneller Energieträger und heutiger Netzinfrastrukturen.

Langfristig ist das Ziel ein Stromsystem, in dem erneuerbare Energien, einschließlich der Windkraft im Binnenland, ohne dauerhafte Subventionen wettbewerbsfähig sind, weil sie stabile Erzeugungskosten, hohe Versorgungssicherheit und geringe gesellschaftliche Folgekosten bieten.

---

### **2. Versorgungssicherheit / Backup-Kapazitäten / Gesamtkosten**

Wie beurteilen Sie die Rolle der Windenergie im Hinblick auf die Bereitstellung gesicherter Leistung, insbesondere in Zeiten geringer oder ausbleibender Windverfügbarkeit? Welche Formen von Backup-Kapazitäten halten Sie für notwendig, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, und wie bewerten

Sie die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems aus Windenergie und den dafür notwendigen Backup-Leistungen?

A: Die Partei des Fortschritts bewertet Windenergie als zentralen Baustein eines resilienten Energiesystems, nicht als alleinige Quelle gesicherter Leistung. Versorgungssicherheit entsteht durch einen diversen Mix an Backup-Kapazitäten, darunter flexible Gaskraftwerke mit Perspektive auf grünen Wasserstoff, Speicher, Lastmanagement sowie strategische Reserven für seltene Extremereignisse wie längere Dunkelflauten.

Dabei ist entscheidend, Stromversorgung europäisch zu denken. Deutschland ist heute eng in den europäischen Strommarkt integriert: In Phasen geringer Wind- und Solarproduktion wird Strom unter anderem aus französischen Kernkraftwerken oder skandinavischer Wasserkraft importiert, während bei hoher Erzeugung große Mengen exportiert werden. Diese gegenseitige Absicherung erhöht die Versorgungssicherheit und senkt die Gesamtkosten.

Unter Berücksichtigung von Netzen, Speichern und Backup-Kapazitäten bleibt das System wirtschaftlich tragfähig. Die zusätzlichen Kosten für Absicherung machen nur einen begrenzten Anteil der Gesamtsystemkosten aus und werden durch wegfallende Brennstoffimporte, sinkende Erzeugungskosten erneuerbarer Energien und geringere externe Folgekosten mehr als ausgeglichen.

---

### **3. Netzstabilität / Netzausbaukosten**

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen eines weiteren Ausbaus fluktuierender Einspeiser auf die Netzstabilität, und welche technischen oder regulatorischen Maßnahmen halten Sie für notwendig, um einen verlässlichen Netzbetrieb sicherzustellen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die erheblichen Kosten des erforderlichen Netzausbaus, und welche Vorstellungen haben Sie dazu, wie diese langfristig finanziert werden sollen?

A:

Ein wachsender Anteil fluktuierender Einspeiser stellt neue Anforderungen an die Netzstabilität, ist technisch jedoch beherrschbar. Entscheidend ist der Übergang von einem starren zu einem intelligenten Stromnetz. Dafür braucht es vor allem einen deutlich schnelleren Rollout von Smart Metern und digitaler Netzsteuerung, um Erzeugung und Verbrauch in Echtzeit aufeinander abzustimmen und Strom möglichst dort zu nutzen, wo er entsteht.

Durch lokale Laststeuerung, Speicher und flexible Verbraucher können viele Ausgleichsbedarfe bereits auf Verteilnetzebene gelöst werden. Eine solche smarte Vernetzung reduziert die Notwendigkeit großräumiger Stromtransporte und entlastet die überregionalen Hochspannungsnetze. Diese „Stromautobahnen“ sind heute einer der zentralen Engpässe der Energiewende, da ihre Kapazitäten begrenzt sind und ein massiver Ausbau mit sehr hohen Kosten und langen Genehmigungszeiten verbunden ist.

Netzausbau bleibt dennoch notwendig, sollte aber gezielt und effizient erfolgen. Langfristig ist ein Ansatz wirtschaftlich, der Digitalisierung und intelligente Netznutzung priorisiert, statt allein auf teuren Leitungsausbau zu setzen. Die Finanzierung sollte über die Gesamtsystemkosten erfolgen – also als Infrastrukturinvestition in Versorgungssicherheit, von der Verbraucher, Industrie und Staat gleichermaßen profitieren.

---

### **4. Natur- und Artenschutz**

Wie stellen Sie sicher, dass beim Ausbau der Windenergie die Vorgaben des Natur- und Artenschutzes

eingehalten werden, insbesondere im Hinblick auf kollisionsgefährdete Greifvogelarten sowie auf Fledermauspopulationen, die durch Schlagopfer oder Barotrauma betroffen sein können? Wie beurteilen Sie diesen Zielkonflikt zwischen einem forcierten Ausbau der Windkraft und dem Schutz dieser Arten, deren Bestandsrückgänge erhebliche Auswirkungen auf die Biodiversität hätten?

A: Der Schutz von Natur und Biodiversität ist für die Partei des Fortschritts ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Beim Ausbau der Windenergie gelten bereits heute strenge artenschutzrechtliche Vorgaben, insbesondere zum Schutz kollisionsgefährdeter Greifvogelarten sowie von Fledermäusen. Genehmigungsverfahren beinhalten Umweltverträglichkeitsprüfungen, fachliche Gutachten und konkrete Auflagen wie Mindestabstände, zeitweise Abschaltungen oder standortbezogene Einschränkungen.

Darüber hinaus setzen wir uns für den verstärkten Einsatz smarterer technischer Systeme ein. Dazu gehören automatische Abschaltmechanismen, die mithilfe von Sensorik, Kameras oder Radarsystemen kritische Situationen erkennen und Windenergieanlagen bei erhöhtem Kollisionsrisiko temporär vom Netz nehmen. Solche Systeme haben sich insbesondere beim Schutz von Greifvögeln und Fledermäusen bereits als wirksam erwiesen.

Wir befürworten zudem eine einheitliche bundesweite Regelung, die dort, wo es fachlich notwendig ist, den Einsatz dieser Abschaltvorrichtungen verbindlich vorschreibt oder den Betrieb von Anlagen zu besonders sensiblen Zeiten – etwa während Zug- oder Paarungsphasen – klar regelt. Einheitliche Standards erhöhen die Planungssicherheit und stellen sicher, dass der Artenschutz nicht vom jeweiligen Bundesland abhängt.

Gleichzeitig muss der Zielkonflikt realistisch eingeordnet werden: Kohle- und andere fossile Energieträger verursachen durch Lebensraumzerstörung, Schadstoffe und den Klimawandel nachweislich deutlich größere Schäden an Tierpopulationen und Ökosystemen. Eine verantwortungsvoll umgesetzte Windenergie, kombiniert mit konsequentem Artenschutz, ist daher kein Gegensatz zur Biodiversität, sondern eine Voraussetzung für ihren langfristigen Erhalt.

---

## **5. Landschaftsbild, Erholungsräume und Tourismus**

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen eines forcierten Ausbaus der Windenergie auf das Landschaftsbild, auf Erholungsräume und auf touristisch geprägte Regionen in Baden-Württemberg?

A: Der Ausbau der Windenergie greift sichtbar in das Landschaftsbild ein und muss daher besonders sensibel umgesetzt werden – gerade in einem landschaftlich und touristisch geprägten Bundesland wie Baden-Württemberg. Für die Partei des Fortschritts ist klar: Nicht jeder Standort ist geeignet, und der Schutz hochwertiger Erholungsräume, Kulturlandschaften und touristischer Kernregionen hat hohe Priorität.

Gleichzeitig zeigen Erfahrungen aus anderen Regionen, dass Windenergie und Tourismus kein grundsätzlicher Widerspruch sind, sofern Planung und Beteiligung frühzeitig, transparent und regional abgestimmt erfolgen. Entscheidend sind eine sorgfältige Standortwahl, klare Abstands- und Höhenkonzepte sowie die Bündelung von Anlagen, um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden.

Wir setzen zudem auf frühzeitige Bürgerbeteiligung und kommunale Wertschöpfung, etwa durch Beteiligungsmodelle oder lokale Stromtarife. Wo Anwohner und Gemeinden unmittelbar profitieren, steigt die Akzeptanz deutlich. Ziel ist ein Ausbau der Windenergie, der landschaftlich verträglich ist, Erholungsfunktionen respektiert und gleichzeitig einen Beitrag zu regionaler Wertschöpfung und Klimaschutz leistet.

---

## **6. Windkraft im Wald / ökologische Risiken / Brandgefahr**

Wie bewerten Sie Windenergieanlagen in Waldgebieten?

A:

Wälder sind hochsensible Ökosysteme mit zentraler Bedeutung für Biodiversität, Wasserhaushalt und Erholung. Windenergieanlagen im Wald dürfen daher nur dort errichtet werden, wo erhebliche Beeinträchtigungen vermieden werden können. Besonders sensible Schutz- und Wasserschutzgebiete sind auszuschließen.

Gleichzeitig stellt der Klimawandel selbst eine massive Bedrohung für Wälder dar. Eine verantwortungsvoll umgesetzte Energiewende ist daher auch ein Beitrag zum langfristigen Waldschutz. Wir setzen uns für strenge ökologische Standards, minimale Rodungsflächen, Ausgleichsmaßnahmen sowie verbindliche Brandschutz- und Monitoringkonzepte ein.

---

## **7. Gesundheitliche Aspekte / Abstände**

Wie beurteilen Sie gesundheitliche Risiken und Abstandsregelungen?

A:

Der Stand der Wissenschaft zeigt, dass bei Einhaltung fachlich begründeter Grenzwerte keine gesicherten gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Schall, Infraschall oder Schattenwurf nachgewiesen sind. Gleichzeitig nehmen wir Unsicherheiten ernst und messen dem Vorsorgeprinzip hohe Bedeutung bei.

Ist das hier alles so kongruent zusammen: Die heutigen, stark unterschiedlichen Abstandsregelungen der Bundesländer sind fachlich kaum nachvollziehbar. Gesundheitliche Wirkungen enden nicht an Landesgrenzen. Die pauschale 10H-Regel ist nicht zeitgemäß und liefert keinen nachweisbaren zusätzlichen Gesundheitsschutz, blockiert jedoch den Ausbau erheblich.

Wir setzen uns für bundesweit einheitliche, wissenschaftsbasierte Abstandsregelungen ein, die technische Fortschritte und lokale Gegebenheiten berücksichtigen und Akzeptanz fördern.

---

## **8. Schadstoffe / Materialeinsatz**

Wie bewerten Sie den Einsatz problematischer Materialien in Windenergieanlagen?

A:

Der Einsatz von PFAS-haltigen Beschichtungen oder Bisphenol-A wirft berechtigte Umwelt- und Gesundheitsfragen auf, insbesondere bei Entsorgung und Recycling. Hier sehen wir klaren Handlungsbedarf.

Wir setzen uns für strengere Umweltstandards, transparente Materialdeklarationen und die Förderung schadstoffarmer Alternativen ein. Ziel ist eine nachhaltige Weiterentwicklung der Technologie über den gesamten Lebenszyklus hinweg.

---

## **9. Rückbau, Repowering und Haftung**

Wie stellen Sie sicher, dass Rückbau und Renaturierung abgesichert sind?

A:

Rückbau und vollständige Renaturierung müssen verbindlich finanziell abgesichert sein. Kommunen

und Grundstückseigentümer dürfen nicht belastet werden. Wir befürworten verpflichtende Sicherheitsleistungen wie Rückstellungen oder Bürgschaften bereits bei Genehmigung.

Beim Repowering sollen diese Sicherheitsleistungen verbindlich im Rahmen des Verfahrens für den Rückbau der Altanlagen erbracht werden. So wird sichergestellt, dass alte Anlagen ordnungsgemäß zurückgebaut und durch leistungsfähigere ersetzt werden. Klare Haftungsregeln erhöhen Akzeptanz und Planungssicherheit.

---

#### **10. Gesamtstrategie / Energiemix**

Wie bewerten Sie die Energiewende in Baden-Württemberg angesichts hoher Strompreise?

A:

Die Energiewende muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit verbinden. Hohe Strompreise sind insbesondere für energieintensive Industrien eine Herausforderung.

Unsere Strategie setzt auf einen ausgewogenen Energiemix, den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, massive Investitionen in Netze, Speicher und Digitalisierung sowie Technologieoffenheit. Dazu gehören auch Forschung an Speichertechnologien, Wasserstoff, E-Fuels sowie internationale Kooperationen in Bereichen wie Kernfusion.

Eine faktenbasierte, ideologiefreie Energiepolitik ist der Schlüssel für eine verlässliche, bezahlbare und langfristig tragfähige Stromversorgung in Baden-Württemberg.